

BÜRGERBETEILIGUNG UND DEMOKRATIE. EIN ÜBERBLICK

Prof. Dr. Angelika Vetter (Universität Stuttgart)
unter Mitarbeit von Frank Ulmer (DIALOGIK, Universität Stuttgart)

Inhalt:

1. Warum ist Bürgerbeteiligung heute ein so wichtiges Thema?	2
2. Bürgerbeteiligung (Partizipation) und Demokratie	3
Warum braucht Demokratie „Beteiligung“	3
Wie viel Beteiligung braucht eine Demokratie?.....	3
3. Was ist „Bürgerbeteiligung“?	5
Konventionelle Beteiligung: Wahlen und Parteimitarbeit	5
Direkte Demokratie: Bürger- und Volksentscheide	8
Mitgestaltende (kooperative) Bürgerbeteiligung: Planungszellen, Bürgerforen etc.	9
Unkonventionelle Beteiligung: Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, etc.....	10
Ehrenamtliches Engagement bzw. soziale Partizipation.....	12
4. Was erwarten wir von Bürgerbeteiligung?	13
5. Kritische Erfolgsfaktoren einer stärker auf Kooperation zielenden Bürgerbeteiligung	14
Bürgerbeteiligung braucht Unterstützung von vielen Seiten.....	14
Bürgerbeteiligung braucht Professionalität	15
Bürgerbeteiligung führt nicht immer zu Konsens	15
Vorsicht vor mehr Ungleichheit	15
Was ist, wenn die Bürger sich nicht beteiligen?.....	15
Parallele Wertschätzung der repräsentativen Demokratie.....	16
6. Instrumente für erfolgreiche Bürgerbeteiligung (Instrumentenkoffer).....	16
7. Literatur und weitere Links zum Thema „Bürgerbeteiligung“	18

1. Warum ist Bürgerbeteiligung heute ein so wichtiges Thema?

Gesellschaften verändern sich. Deshalb ist es normal, dass auf der Basis des demokratischen Grundkonsenses immer wieder darüber nachgedacht wird, ob und wie sich unsere konkrete Ausgestaltung von Demokratien wandeln sollte. Politische Beteiligung ist für eine Demokratie unverzichtbar. Allerdings kann auch darüber nachgedacht werden, in welcher Form sich Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratien beteiligen können. Diese Diskussion ist in den letzten Jahren erneut aufgekommen, weil

- in modernen Demokratien ein Wertewandel stattgefunden hat, aus dem eine Vielfalt von Werten hervorgegangen ist,
- politische Probleme von verschiedenen Seiten aus beurteilt werden und es nicht immer nur eine richtige Beurteilung gibt,
- auch Experten unterschiedliche Meinungen haben und damit nicht zur Vertrauensbildung im Hinblick auf eindeutige Problemlösungen beitragen,
- gesellschaftliche Probleme häufig komplexer sind als früher und Problemlösungen demensprechend schwieriger geworden sind,
- politische Entscheidungen und ihre Folgen auf Grund der Komplexität vieler Probleme weniger durchschaubar geworden sind, was wiederum zu Unsicherheiten bezüglich der Entscheidungen und ihrer Folgen führt,
- politische Entscheidungen häufig weit weg vom Alltag der Menschen getroffen werden und damit schwer nachvollziehbar sind,
- Zuständigkeiten zwischen Brüssel, Berlin, den Ländern und Kommunen verteilt sind und für die Bürgerinnen und Bürger die politisch Verantwortlichen damit nur noch schwer identifizierbar sind,
- daraus eine gefühlte Distanz zwischen der Politik und den Bürgern entstanden ist, die zu einem Legitimitätsdefizit von politischen Entscheidungen und Politikern führen kann.

Proteste von Bürgerinnen und Bürgern – auch im Zusammenhang mit der Energiewende und größeren Infrastrukturprojekten – sind unter anderem Ausdruck dieses gefühlten Legitimitätsdefizits. Es wird unterstellt, Parteien und Politiker nähmen die Interessen der Bürgerschaft nicht ernst und repräsentierten diese nicht mehr adäquat. Entsprechend gering ist das Vertrauen in Parteien und Politiker (vgl. u.a. Gabriel/Neller 2010: 98ff.). Eine Schlussfolgerung aus dieser Annahme ist die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung.

Was aber genau ist Bürgerbeteiligung? Obwohl sich viele Bürgerinnen und Bürger unter Bürgerbeteiligung etwas vorstellen können, ist das Wissen zu diesem Thema häufig gering. Die folgenden Informationen sollen helfen, das Thema „Bürgerbeteiligung“ besser zu verstehen. Sie geben Antworten auf die Fragen:

1. Warum ist Beteiligung für Demokratien notwendig?
2. Was heißt eigentlich „Bürgerbeteiligung“?
3. Was erwarten wir von Bürgerbeteiligung?
4. Was sind kritische Punkte im Hinblick auf Bürgerbeteiligung?
5. Welche Verfahren für mitgestaltende Bürgerbeteiligung gibt es (Instrumentenkoffer)?

2. Bürgerbeteiligung (Partizipation) und Demokratie

Warum braucht Demokratie „Beteiligung“

Demokratie und die Beteiligung der Bürger – sowohl an der Politik als auch an der Lösung von Problemen der Gesellschaft – sind Zwillinge. Bereits Abraham Lincoln (1863) verwies auf den Zusammenhang zwischen Demokratie und Bürgerbeteiligung:

„Democracy is the government of the people, by the people, and for the people.“

Das heißt, in Demokratien geht nicht nur alle Herrschaft vom Volk aus. Vielmehr sollen die Bürger diese Herrschaft auch ausüben. Und die getroffenen Entscheidungen sollen zum Nutzen bzw. im Interesse der Bürger sein.

Das klingt selbstverständlich und einfach. Aber es gibt zig „demokratische“ Möglichkeiten, wie diese Aspekte ausgestaltet sein können: Demokratie kann direkt oder repräsentativ sein. Das heißt, Bürger können entweder selbst politische Entscheidungen treffen. Oder aber sie wählen Repräsentanten, die dann für sie entscheiden. Darüber hinaus muss festgelegt werden, wer sich in der Demokratie mit welchen Rechten auf welche Art und Weise beteiligen darf (Beteiligungsalter, Bürgerstatus, Beteiligungsrechte für Ausländer etc.). Es muss geklärt werden, wie weit „der Staat“ in die Privatsphäre der Bürger „hineinregieren“ darf, wie weit die Ausübung von politischer Beteiligung die „Freiheit“ anderer einschränken darf. Und schließlich ist die Frage nach „dem“ Interesse „der Bürger“ zu beantworten. In pluralistischen Demokratien gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen. Sie stehen mehr oder weniger gleichberechtigt nebeneinander. Interessenkonflikte sind damit „normal“. Sie müssen aber auf demokratische Weise gelöst werden. Das heißt, die Bürger müssen sich auf transparente Regeln geeinigt haben, nach denen entschieden wird. In vielen Demokratien (in repräsentativen wie in direkten Demokratien) zählt dazu die Mehrheitsregel. Sie besagt, dass im Streitfall mit der Mehrheit der Stimmen entschieden wird. Dabei muss aber gleichzeitig sichergestellt sein, dass Mehrheiten nicht zur Unterdrückung von Minderheiten genutzt werden. Minderheitenschutz muss also in demokratischen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Bürgerbeteiligung findet in Demokratien aber auch im nicht-politischen Bereich statt. Wenn Bürger dran mitwirken, gesellschaftliche Probleme zu lösen (wie die Betreuung von Kindern außerhalb der Schule, die Integration von ausländischen Mitbürgern oder die Betreuung von älteren Menschen), sprechen wir von sozialer Partizipation oder bürgerschaftlichem Engagement. Letzteres stimuliert nicht nur die politische Beteiligung. Bürgerschaftliches Engagement trägt auch dazu bei, die Leistungsfähigkeit und die Qualität einer Gesellschaft zu verbessern und das Verbundenheitsgefühl der Menschen untereinander zu stärken (vgl. Gabriel/Völkl 2008).

Wie viel Beteiligung braucht eine Demokratie?

Die Frage nach dem notwendigen Ausmaß politischer Beteiligung ist nicht einfach zu beantworten. Demokratietheoretiker geben darauf verschiedene Antworten.

Eine extreme Position nimmt der Ökonom und Sozialwissenschaftler Joseph Schumpeter (1950) ein: Für ihn ist Beteiligung in einer Demokratie nur wichtig, um in Form von Wahlen die möglichst besten Kandidaten für die Regierungsämter auszuwählen. Diese müssen gleichzeitig durch Wahlen einer regelmäßigen Kontrolle unterworfen werden. Dabei ist für Schumpeter die Höhe der Wahlbeteiligung nicht relevant. Auch andere Beteiligungsformen sind nicht wichtig, da seiner Ansicht nach die gewählten Fachleute die besten Entscheidungen für die Gesellschaft treffen.

Anders argumentiert der Demokratietheoretiker Robert A. Dahl (1971). Nach ihm ist eine Demokratie dadurch gekennzeichnet, dass alle Bürger die gleichen Beteiligungschancen haben (Gleichheit: one person, one vote) und die Regierungen sich bei ihren Entscheidungen am Willen der Bürger orientieren (Responsivität). Dies setzt nach Dahl voraus, dass Bürger eigene Interessen entwickeln und diese äußern, so dass die Politik auf diese Interessen reagieren kann. Die Beteiligung der Bürger ist nach Dahl folglich wesentlich für Demokratien. Erst eine breite Beteiligung (viele Interessen werden

geäußert und gehört) sichert die Qualität von Demokratien. Dabei steht bei Robert A. Dahl die repräsentative Demokratie im Mittelpunkt der Überlegungen. Anderen Beteiligungsformen schenkt er wenig Aufmerksamkeit.

Eine dritte Position nehmen die Partizipationstheoretiker ein, zu denen Carole Pateman (1970) und Benjamin Barber (1994) gehören. Für sie ist Beteiligung ein demokratischer Wert an sich. Erst eine hohe und umfassende Bürgerbeteiligung macht eine Demokratie zu einer guten Demokratie. Beteiligung ist dabei nicht nur in der Politik notwendig, sondern in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Beteiligung soll aus dieser Perspektive weit über das Wählen hinausgehen, um die Persönlichkeit der Menschen als Mitglieder einer Gesellschaft zu prägen und zu stärken.

Diese Beispiele zeigen: Aus theoretischer Sicht gibt es keine „beste“ Menge an Beteiligung. Vielmehr gibt es verschiedene Argumente zu berücksichtigen:

- Viel Beteiligung steht nicht allein und nicht automatisch für die hohe Qualität einer Demokratie.
- Viel Beteiligung kann auch Zeichen einer gedankenlosen Massenmobilisierung sein.
- Andere Aspekte wie Minderheitenschutz, die Leistungsfähigkeit eines politischen Systems, die Nachvollziehbarkeit politischer Prozesse, die Lösung wichtiger Probleme stellen ebenfalls wichtige Kennzeichen von Demokratien dar.
- Schließlich gewährt Demokratie auch die Freiheit, sich nicht zu beteiligen: Nicht alle Menschen sind an Politik interessiert. Andere Dinge in ihrem Leben sind ihnen wichtiger und sie wollen sich nicht politisch beteiligen. Dies zu respektieren gehört auch zu einer Demokratie.

Auf der anderen Seite gilt:

- Demokratien beruhen auf der Beteiligung ihrer Bürger.
- Die Bürger können Entscheidungsprozesse mit ihrem Wissen bereichern.
- Die Kontrolle der Regierenden durch mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger kann zu einer Qualitätssteigerung politischer Entscheidungen beitragen.
- Nicht alle gesellschaftlichen Probleme müssen von der Politik gelöst werden. Die Bürger selbst sind in der Lage, in kleinerem Rahmen miteinander Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.
- Bürgerbeteiligung stärkt das Gefühl der Bürgerinnen und Bürger, selbst in ihrem sozialen Umfeld und in der Politik etwas verändern zu können. Sie lernen durch Beteiligung in der Gesellschaft und der Politik, wie viele Interessen bei politischen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden müssen und wie schwierig es sein kann, „richtige“ politische Entscheidungen zu treffen. Ihre Sicht auf Politik kann durch Beteiligung realistischer und das eigene Verantwortungsgefühl gestärkt werden. Nicht zuletzt kann Beteiligung damit dazu beitragen, unsere Gesellschaft besser zu machen.

Literatur:

Barber, Benjamin 1994 (Original 1984): *Starke Demokratie: Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch.

Dahl, Robert A. 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven/London: Yale University Press.

Gabriel, Oscar W./Neller, Katja 2010: *Bürger und Politik in Deutschland*, in: Gabriel, Oscar W./Plasser, Fritz (Hrsg.): *Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Bürger und Politik*. Baden-Baden: Nomos, S. 57-146.

Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin 2008: Politische und soziale Partizipation, in: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 268-298.

Pateman, Carole 1970: Participation and Democratic Theory, Cambridge: Cambridge University Press.

Schmidt, Manfred G. 2010: Demokratietheorie. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schumpeter, Joseph A. 2005 (Original 1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 8. Auflage. Stuttgart: Francke.

3. Was ist „Bürgerbeteiligung“?

Der Begriff „Bürgerbeteiligung“ bzw. „Partizipation“ steht heute für verschiedene Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern (vgl. Abb. 1). Wichtig ist: Diese Aktivitäten sind freiwillig, d.h. sie werden nicht beruflich ausgeübt. Außerdem haben sie ein Ziel: Sie sollen Sach- oder Personalentscheidungen in der Kommunal-, der Landes-, der Bundes- oder der europäischen Politik beeinflussen (vgl. u.a. Van Deth 2005). Die folgenden Abschnitte beschreiben kurz zentrale Beteiligungsformen, die heute zur breiten Palette von „Bürgerbeteiligung“ gezählt werden und erläutern ihre Nutzung.

Abb. 1: Die Vielfalt bürgerschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten

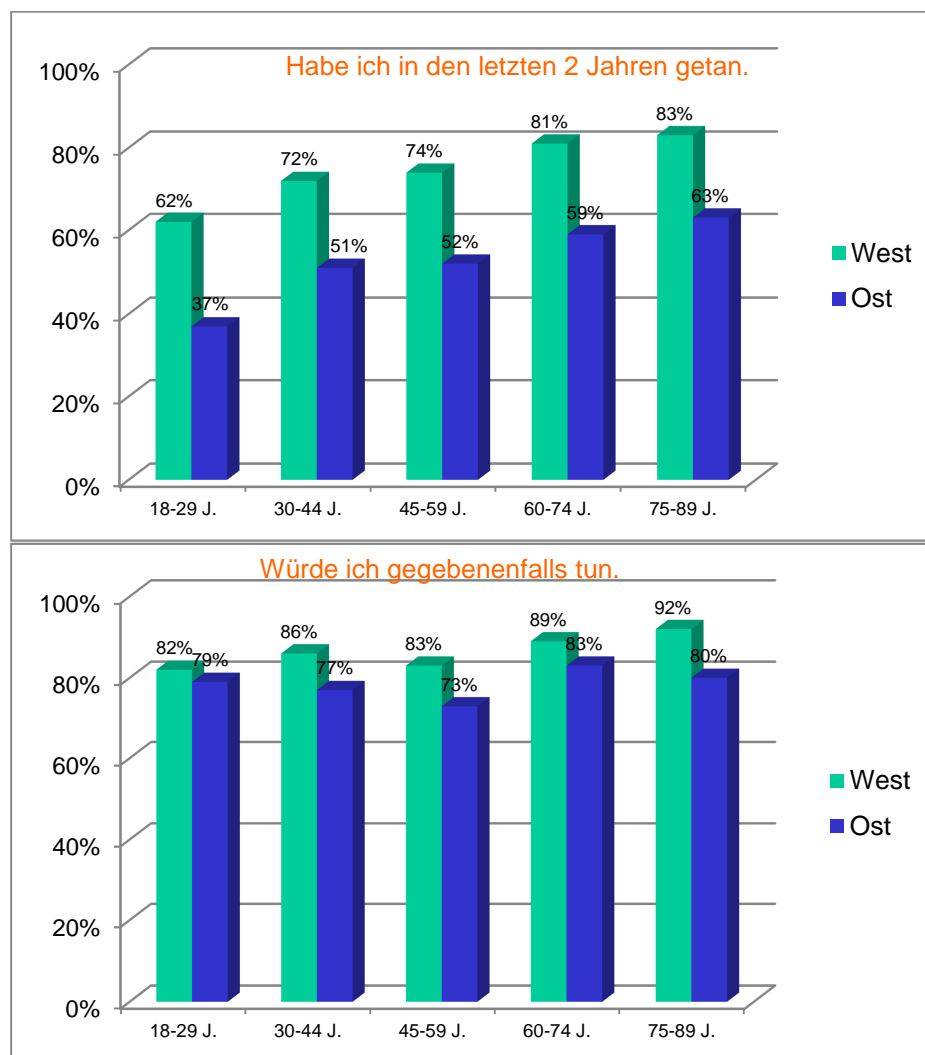


Konventionelle Beteiligung: Wahlen und Parteimitarbeit

Lange Zeit verstand man unter politischer Beteiligung ausschließlich die Beteiligung an Wahlen. Eng verbunden damit war die Mitgliedschaft in einer Partei oder deren Unterstützung, z.B. durch Spenden. Diese Formen der Beteiligung werden als „konventionelle Partizipation“ bezeichnet (vgl. Barnes/Kaase u.a. 1979). Sie sind verfasst, legal und haben einen hohen Legitimitätsstatus.

Wahlen sind das zentrale Kennzeichen von Demokratien. Durch sie wird in repräsentativen Demokratien die „Herrschaft des Volkes“ an deren Vertreter, die gewählten Repräsentanten des Volkes, übertragen. Wahlen sind gleichzeitig ein Mechanismus, um die gewählten Vertreter zu kontrollieren und ihre Rückbindung an die Interessen der Wähler einzufordern. Wahlen haben gegenüber anderen Beteiligungsformen drei wesentliche Pluspunkte. Erstens ist der Ausgang von Wahlen für die politischen Entscheidungsträger bindend. Das heißt, die Beteiligung an Wahlen ist sehr wirkungsstark. Zweitens sind Wahlen transparent. Das Ergebnis der Beteiligung wird durch einen eindeutigen, institutionalisierten Mechanismus bestimmt (Wahlsystem). Das Zustandekommen des Ergebnisses ist damit für alle Beteiligten nachvollziehbar. Drittens ist die gleichwertige Berücksichtigung der einzelnen Interessen gesichert, da jede Stimme gleich zählt (one person, one vote).

Abb. 2: Wählen als Form politischer Beteiligung aus Sicht der Bürger (in % aller Befragten)

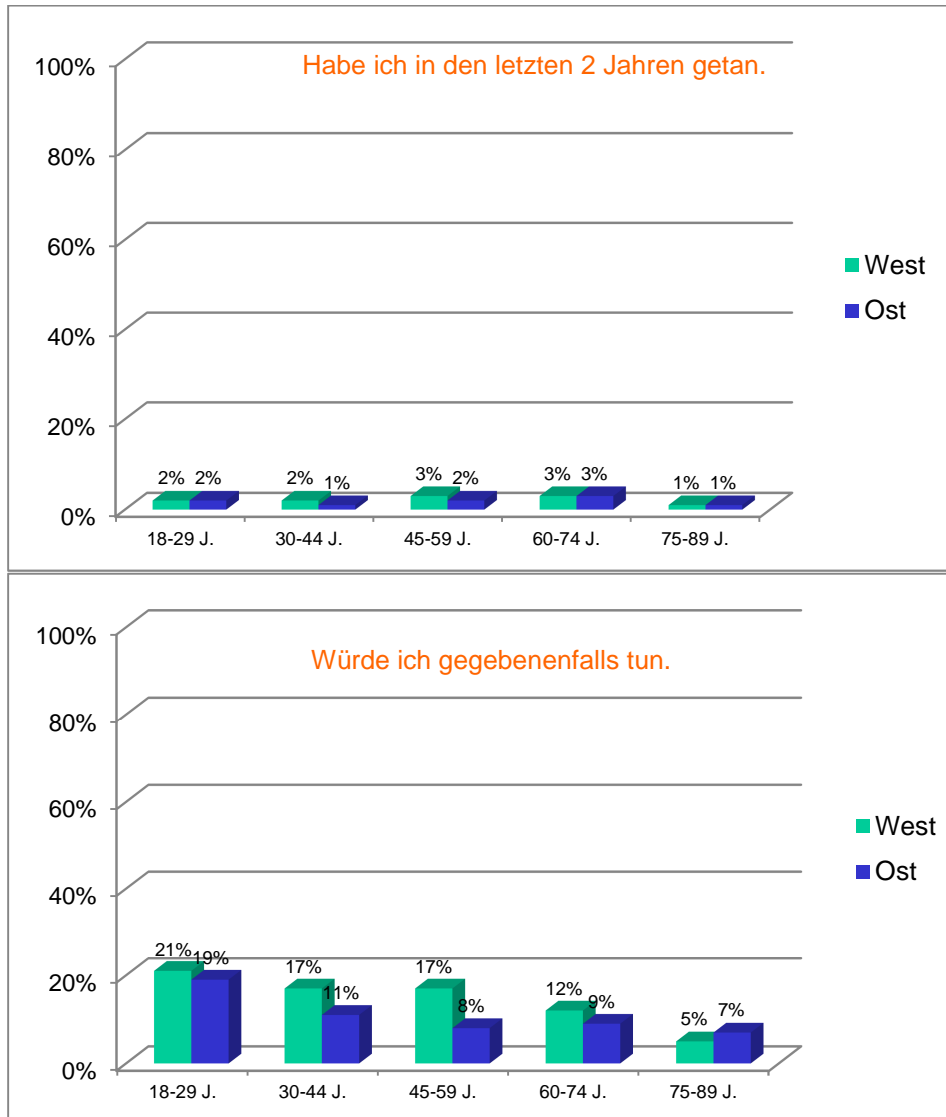


Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.
 Fragewortlaut: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage ... (Wählen)? ... Und woran haben Sie sich auch in den letzten beiden Jahren, d.h. irgendwann im Zeitraum seit Anfang 2006 bis heute, beteiligt?“ In der Graphik sind die Anteile derjenigen dargestellt, die zur Wahl gehen würden bzw. die in den letzten 2 Jahren an einer Wahl teilgenommen haben.

Wählen ist die am häufigsten genutzte Form politischer Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland. In der bundesweit durchgeführten repräsentativen ALLBUS-Studie von 2008 gab der Großteil der Bürger an, in den beiden letzten Jahren an einer Wahl teilgenommen zu haben (vgl. Abb. 2 oder <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/wahlen-in-deutschland/55587/wahlbeteiligung>).

Auf die Frage, ob Wählen ein Weg wären, um den eigenen Interessen Ausdruck zu verleihen, bejahen dies sogar vier Fünftel aller Befragten. In Ostdeutschland sind die Werte etwas geringer als in Westdeutschland. Außerdem gibt es Unterschiede zwischen den Altersgruppen: In jüngeren Altersgruppen ist die Wahlbeteiligung geringer als in älteren (vgl. u.a. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/wahlen-in-deutschland/55594/nach-altersgruppen>). Dies hängt mit abnehmenden Beteiligungsquoten zwischen den Generationen zusammen. Dahinter verbergen sich aber auch Lebenszykluseffekte. Das heißt, die jüngeren Befragten werden mit zunehmendem Alter häufiger wählen gehen, als sie dies kurz nach Erreichen des Wahlalters tun.

Abb. 3: Mitarbeit in politischen Parteien (in % aller Befragte)



Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.
 Fragewortlaut: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage ... (Mitarbeit in einer politischen Partei)? ... Und haben Sie in den letzten beiden Jahren aktiv in einer Partei mitgearbeitet?“ In der Graphik sind die Anteile derjenigen dargestellt, die aktiv in einer Partei mitarbeiten würden bzw. in den letzten 2 Jahren aktiv in einer Partei mitgearbeitet haben.

Um ein Vielfaches geringer ist die Beteiligung in politischen Parteien (vgl. Abb. 3). Während die Zahl der Parteimitglieder in der Bundesrepublik auf niedrigem Niveau von 1949 bis Anfang der 1980er Jahre zunahm, ist seither ein deutlicher Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Er betrifft vor

allen die SPD und die CDU (vgl. u.a. <http://www.bpb.de/themen/1YML48,0,Mitgliederentwicklung.html>). Prozentual gesehen war aber immer nur eine geringe Zahl von Bundesbürgern Mitglied einer Partei. Insofern sind die Entwicklungen seit Anfang der 1980er Jahre nicht als dramatisch zu bewerten.

Der Anteil der Parteimitglieder liegt mittlerweile etwa bei zwei bis drei Prozent der Bundesbürger (vgl. Abb. 3). Fragt man die Bundesbürger aber danach, ob eine Parteimitgliedschaft in Frage käme, um bei einem wichtigen Thema Einfluss ausüben zu können, bejahen dies etwa 20 Prozent der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren. Die Anteile sind in den älteren Kohorten etwas geringer. Dennoch werden Parteien durchaus als Wege politischer Beteiligung in Betracht gezogen, auch von jüngeren Menschen.

Direkte Demokratie: Bürger- und Volksentscheide

Mit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs intensivierte sich die Diskussion über neue Formen politischer Beteiligung. Im Fokus der Öffentlichkeit standen im Zusammenhang mit der Diskussion über „Politikverdrossenheit“ nun vor allem Möglichkeiten der direkten Mitentscheidung (Bürger- und/oder Volksentscheide).

„Direkte Demokratie“ bedeutet, dass die Bürger über Sachfragen unmittelbar, d.h. selbst entscheiden können (vgl. u.a. Schiller/Mittendorf 2002; Kost 2005). Dabei wird zwischen Bürger- und Volksentscheiden unterschieden. Bürgerentscheide sind Sachentscheidungen auf kommunaler Ebene. Volksentscheide finden auf Länderebene statt. Beide Entscheide können entweder in Form von Bürger- oder Volksbegehren durch die Sammlung einer bestimmten Zahl von Unterschriften von den Bürgern initiiert werden. Oder aber eine bestimmte Anzahl von Rats- bzw. Landtagsmitgliedern regt die direkte Sachentscheidung durch die Bürger an. Die Regelungen unterscheiden sich von Bundesland zu Bundesland. Sie sind in den Landesverfassungen bzw. in den jeweiligen Gemeindeordnungen geregelt (vgl. www.wahlrecht.de). Auf Bundesebene gibt es laut Grundgesetz nur die Möglichkeit, über die Neuregelung von Ländergrenzen direkt abzustimmen (vgl. Art. 29 GG).

In den letzten Jahren hat die Diskussion über die Stärkung direktdemokratischer Beteiligungsverfahren stark zugenommen. Dabei wird mehr direkte Demokratie sowohl mit positiven als auch mit negativen Argumenten belegt (vgl. u.a. auch Schmidt 2010: 350ff.). Mehr direkte Demokratie stärke die Demokratie insgesamt, weil ...

- sie den Beteiligungsvorstellungen der Bürger in modernen Demokratien näher komme und es über das Wählen hinaus mehr Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gäbe,
- die Abgeordneten sich bereits im Vorfeld ihrer Entscheidungen stärker am Willen der Wähler orientierten (Damokles-Schwert-Funktion),
- die Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten intensiviert würde,
- Entscheidungen transparenter würden,
- das Interesse der Bürger an der Politik durch mehr Verantwortungsübernahme wachsen würde.

Gegen mehr direkte Demokratie wird angeführt, sie

- verhindere Innovationen und sei in ihrem Ergebnis eher status quo-orientiert, d.h. konservativ,
- berge die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit in sich und sei anfällig für Populismus,
- sei häufig ein Mechanismus, der Konflikt eher verstärkt als Vertrauen aufbaut,
- würde von ressourcenstarken Bevölkerungsgruppen (Gruppen, die sich gut artikulieren können, die ein hohes Bildungsniveau oder ein entsprechendes Einkommen haben) überproportional stark genutzt und führe so zu einer ungleichen Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen,

- könne dazu beitragen, dass sich die gewählten Interessenvertreter in schwierigen Situationen „aus der Verantwortung stehlen“,
- lasse keine Verhandlungslösungen zu, wie sie in komplexen demokratischen Entscheidungsprozessen häufig nötig sind.

Wie häufig direktdemokratische Entscheidungen heutzutage genutzt werden, ist schwer zu erfassen. Die Angaben dazu werden bundesweit von keiner offiziellen Stelle gesammelt. Viele Studien zur direkten Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland basieren deshalb auf Daten der „Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie an der Philipps-Universität Marburg“ sowie der „Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Bergischen Universität Wuppertal“ (vgl. <http://www.forschungsstelle-direkte-demokratie.de/>). Dies gilt beispielsweise auch für den Bürgerbegehrensbericht von 2012. Demnach haben zwischen 1956 und 2011 insgesamt 5.929 Bürgerbegehren stattgefunden, von denen 2.806 in einen Bürgerentscheid mündeten (vgl. S. 7). Mehr als die Hälfte dieser Verfahren fand im Zeitraum zwischen 2002 und 2011 statt. Mittlerweile werden pro Jahr etwas mehr als 300 Verfahren eingeleitet. Angesichts einer Zahl von insgesamt etwas über 11.000 Kommunen in den 16 Bundesländern heißt das, dass jährlich etwa nur in 0,03 Prozent aller Städte und Gemeinden ein Bürgerbegehren eingeleitet wird. Die Zahl der daraus resultierenden Bürgerentscheide ist noch geringer. Allerdings bestehen dabei deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern (vgl. Mittendorf 2008).

Mitgestaltende (kooperative) Bürgerbeteiligung: Planungszellen, Bürgerforen etc.

Wesentlich stärker an Dialog und Mitgestaltung orientiert sind Beteiligungsformen, die sich in den letzten Jahren nahezu „im Verborgenen“ entwickelt haben. Sie finden im Vorfeld der eigentlichen politischen Entscheidungen statt und geben den Bürgern die Möglichkeit, in unterschiedlichem Ausmaß ihre Interessen in administrative Planungs- und Vorbereitungsprozesse einzubringen. Die Verfahren sind darauf ausgerichtet, die Beteiligungslandschaft qualitativ und quantitativ zu erweitern, das Vertrauen der Akteure ineinander zu stärken und gleichzeitig zu einer effizienteren und effektiveren Leistungsbereitstellung beizutragen. Diese an Dialog und Mitgestaltung orientierten, Beteiligungsformate werden in der lokalen Politik bereits häufig genutzt (vgl. z.B. Holtkamp u.a. 2006).

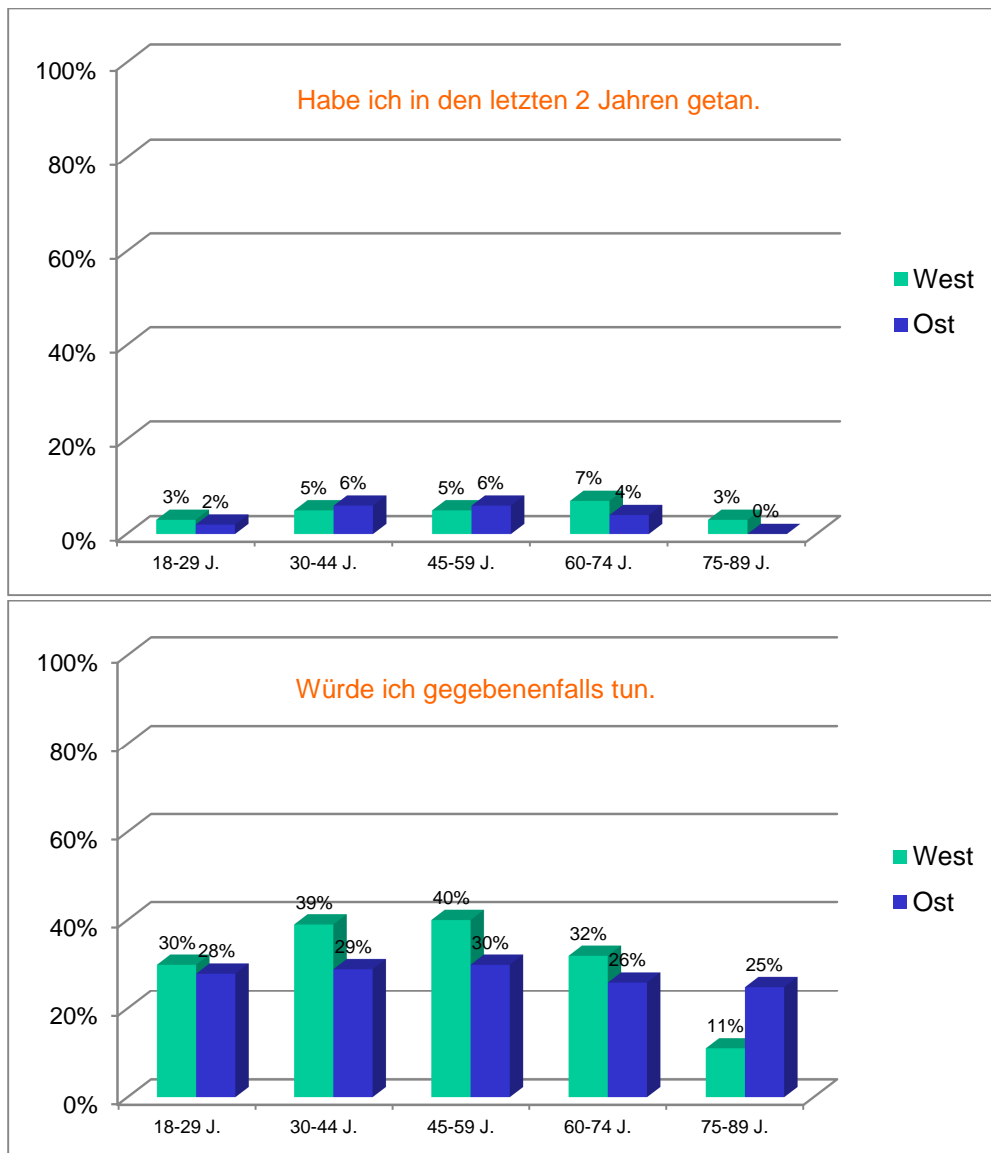
Die Palette dieser Beteiligungsformen ist breit. Ihre Zielsetzungen reichen von Informationsaustausch über die Sammlung und Generierung von Ideen bis hin zur Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen. Zu ihnen gehören unter anderem Zukunftswerkstätten, Stadtteilforen, runde Tische, Planungszellen oder Bürgerhaushalte. Adressaten der Beteiligungsformate sind einzelne Bürger, Bürgerinitiativen, Vereine, Verbände, Verwaltungsfachleute und Vertreter/innen der Gemeinderäte. Die Verfahren sind gesetzlich nicht vorgeschrieben sondern freiwillig. Sie führen im Idealfall zu einem dialogisch erarbeiteten Konsens unter allen Beteiligten. Allerdings werden die Verfahren meist nur sporadisch eingesetzt und es gibt in der Regel keine Verlässlichkeit darüber, wann eine solche Beteiligung stattfindet.

Wie verbreitet diese Verfahren in der politischen Praxis sind, ist unklar. Es gibt keine Meldepflicht für die Organisation und Durchführung entsprechender Beteiligungsmöglichkeiten an überörtliche Sammelstellen und damit keine Übersicht über ihre Anwendungshäufigkeit. Die zunehmende Diskussion über diese Verfahren lässt jedoch den Schluss zu, dass das Wissen über diese Verfahren zunimmt und damit auch ihre Anwendung.

Unkonventionelle Beteiligung: Demonstrationen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, etc.

In den 1970er Jahren gerieten neue Formen politischer Beteiligung in den Blick der Öffentlichkeit: Hausbesetzungen, Proteste, Unterschriftenaktionen oder Boykotte wurden im Zuge der Studentenbewegung populär.¹ Diese Formen von Beteiligung werden heute als „unkonventionelle Partizipation“ bezeichnet: Sie sind nicht verfasst, haben einen mittleren bis geringen Legitimitätsstatus und sind zum Teil illegal.

Abb. 5: Mitarbeit in Bürgerinitiativen (in % aller Befragten)

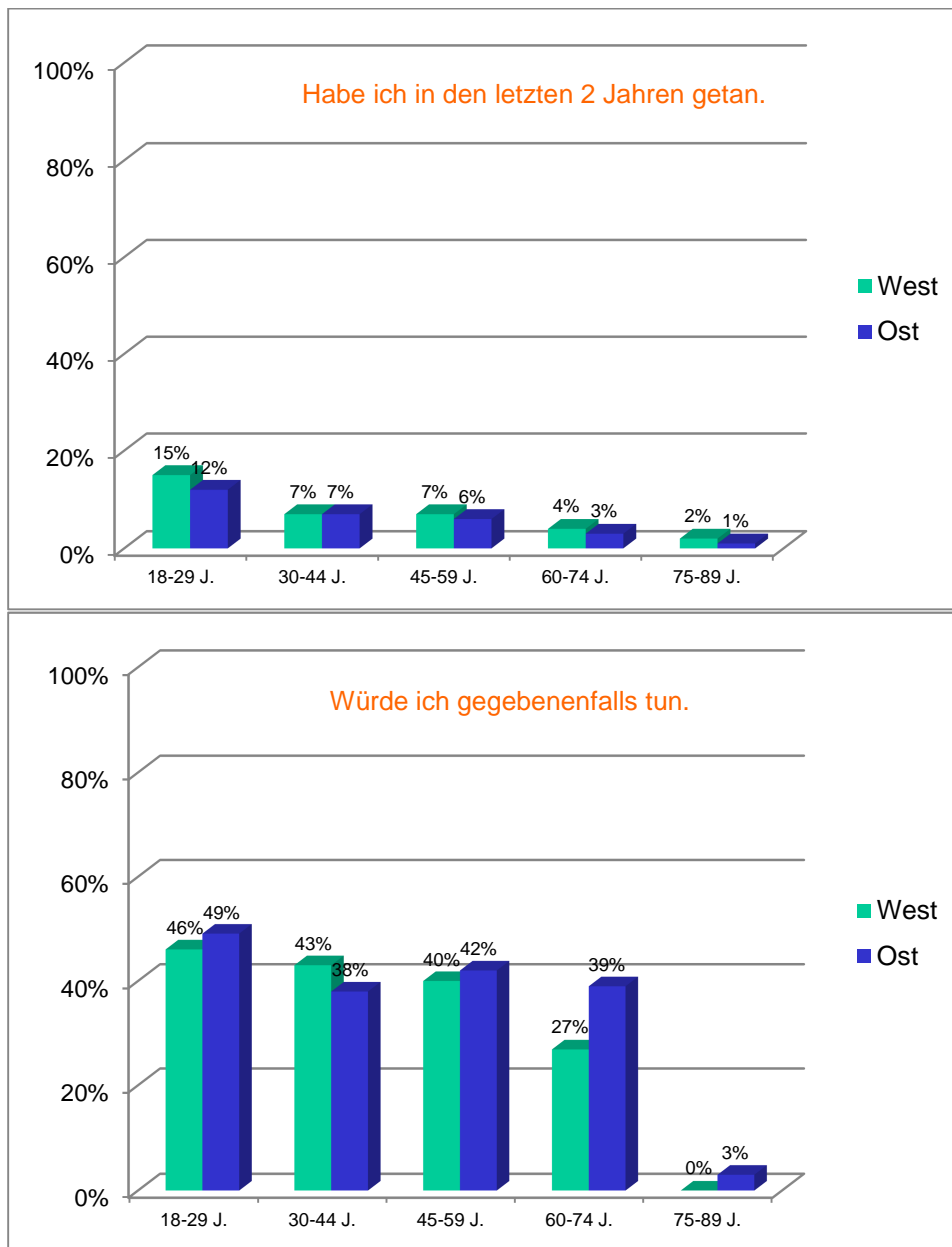


Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.
 Fragewortlaut: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage (Mitarbeit in Bürgerinitiative)? ... Und haben Sie in den letzten 2 Jahren in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet?“ In der Graphik sind die Anteile derjenigen dargestellt, die an einer Bürgerinitiative mitarbeiten würden bzw. in den letzten 2 Jahren mitgearbeitet haben.

¹ Sogar politische Gewalt, wie beispielsweise die Aktionen der RAF, werden seit dieser Zeit zu den Formen politischer Beteiligung gezählt.

Auch zu ihrer Nutzung gibt es keine offiziellen Daten. Aufschlüsse dazu geben lediglich repräsentative Umfragen, bei denen die Bürger gefragt werden, ob sie z.B. schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet oder an einer Demonstration teilgenommen haben. Die Antworten zeigen: Unkonventionelle politische Beteiligung ist ebenfalls nur ein Minderheitenphänomen (vgl. Abb. 5 und Abb. 6). Sie wird von vielen aber für nützlich angesehen, wenn man in einer wichtigen Sache seinen Standpunkt zur Geltung bringen möchte. Im Durchschnitt halten 30 bis 40 Prozent der Befragten entsprechende Aktivitäten für sich für möglich.

Abb. 6: Teilnahme an genehmigten Demonstrationen (in % aller Befragten)



Quelle: "Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS 2008); eigene Berechnungen.
 Fragewortlaut: „Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage ... (Teilnahme an genehmigter Demonstration)? ... Und haben Sie in den letzten 2 Jahren in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet?“ In der Graphik sind die Anteile derjenigen dargestellt, die an einer Bürgerinitiative mitarbeiten würden bzw. in den letzten 2 Jahren mitgearbeitet haben.

Ehrenamtliches Engagement bzw. soziale Partizipation

In Demokratien ist neben dem politischen Engagement auch das soziale ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung. Es steht für die Stärke der Zivilgesellschaft, die unterhalb oder neben der politischen Ebene den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt und zur Integration der Gesellschaft beiträgt. Ehrenamtliches Engagement tritt in unterschiedlichen Formen auf, z.B. in Vereinen, Kirchen oder anderen sozialen Gemeinschaften wie Eltern-Kind-Gruppen oder Selbsthilfegruppen. Dabei geht es immer um freiwillige, unentgeltliche Aktivitäten, die einen sozialen Bezug haben und über das eigene Lebensumfeld hinausgehen.

Sie tragen dazu bei, die Gesellschaft aktiv zu gestalten. Ihr Ziel ist es nicht, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Trotzdem ist die Grenze zwischen politischer und sozialer Beteiligung häufig unscharf, da soziale Beteiligung schnell auch in politische Beteiligung übergehen kann.

Auch hier kann man nur über Umfragen erfassen, wie stark Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich aktiv sind. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermittelt seit 1999 in repräsentativen Studien, wie viele Menschen sich in Deutschland in ihrem sozialen Umfeld engagieren. 2009 gab in der dritten bundesweiten Umfrage zum freiwilligen Engagement („Freiwilligensurvey“) etwa ein Drittel der Befragten über 14-jährigen an, freiwillig oder ehrenamtlich aktiv zu sein (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen.did=165004.html>). Daran hat sich in den letzten zehn Jahren kaum etwas geändert.

Literatur:

Barnes, Samuel H./Kaase, Max u.a. 1979: Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills u.a.: Sage Publications.

Bürgerbegehrensbericht 2012, hgg. von Mehr Demokratie e.V. in Kooperation mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal und der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie an der Philipps-Universität Marburg (<http://www.planungszelle.uni-wuppertal.de/uploads/BBB%202012%20Finale%20Fassung.pdf>, zugegriffen am 26.1.2013)

Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, vorgelegt vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf, zugegriffen am 26.1.2013)

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kißler, Leo, 2006: Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Frankfurt: Campus.

Kost, Andreas 2005 (Hrsg.): Direkte Demokratie in den deutschen Bundesländern. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Mittendorf, Volker 2008: Auswirkungen von Quoren und Themenrestriktionen bei kommunalen Bürgerbegehren im Ländervergleich, in: Angelika Vetter (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73-101.

Schiller, Theo/Mittendorf, Volker (Hrsg.) 2002: Direkte Demokratie – Forschungsgegenstand und Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schmidt, Manfred G. 2010: Demokratietheorie. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

4. Was erwarten wir von Bürgerbeteiligung?

Die Erwartungen an Bürgerbeteiligung sind vielfältig. Vor dem Hintergrund eines partizipatorischen Demokratieideals wird argumentiert, viel Beteiligung sei für sich genommen bereits eine Qualität und stehe für eine „bessere“ Demokratie (vgl. u.a. Barber 1994).

Unabhängig von dieser normativen Sichtweise gibt es zwei Typen von erwarteten Wirkungen, die mit mehr Bürgerbeteiligung verbunden sind: erstens langfristige Wirkungserwartungen, die über die einzelnen Verfahren hinausgehen, und zweitens Erwartungen im Hinblick auf das konkrete Ergebnis eines bestimmten Beteiligungsprozesses.

Die langfristigen Wirkungserwartungen sind anspruchsvoll. Sie beziehen sich häufig auf Aspekte, die weit über die eigentliche Entscheidungsfindung hinausgehen. Zu diesen Erwartungen gehören:

- Beteiligung stärkt die Identifikation mit der jeweiligen Gemeinschaft und entwickelt beim Einzelnen Verständnis für gemeinsame Probleme in Gesellschaft und Politik.
- Beteiligung erhöht die Qualität von Entscheidungsprozessen durch die Aktivierung und Einbeziehung zusätzlichen Wissens.
- Beteiligung bedeutet für die Mitarbeiter/innen in den Verwaltungen mehr und intensivere Informationen über die Interessen der Bürgerschaft. Dies erleichtert die Planung und Umsetzung von Vorhaben, was letztlich zu Zeitersparnissen führt bei gleichzeitig höherer Zufriedenheit der beteiligten Bürger/innen und Verwaltungsmitarbeiter/innen mit den jeweiligen Planungsprozessen und -ergebnissen.
- Beteiligung bedeutet für die politischen Entscheidungsträger mehr und intensivere Informationen über die Interessen in der Bevölkerung. Damit haben sie eine bessere Entscheidungsgrundlage, können ihre Entscheidungen besser mit den Interessen der Bürgerschaft in Übereinstimmung bringen. Dies führt längerfristig zu einer höheren Anerkennung, Wertschätzung und Legitimität der gewählten Repräsentanten.
- Beteiligung erhöht folglich auch die Akzeptanz gemeinsamer Entscheidungen und gleichzeitig das Vertrauen in die Prozesse.

Ob mehr Bürgerbeteiligung tatsächlich entsprechende Wirkungen hat, ist bislang nicht eindeutig geklärt. Es liegen kaum belastbare Studien zu den längerfristigen Folgen von Bürgerbeteiligung vor, da die Datenlage schlecht und eine Verallgemeinerung der Schlussfolgerungen damit nicht möglich ist. Außerdem dürften die Wirkungen unterschiedlich sein – je nach den Ausgangsbedingungen, den angewandten Verfahren, den Einstellungen der Akteure zu den Verfahren und der Komplexität der zu lösenden Probleme.

Einfacher zu definieren sind die konkreten Ziele, die mit dem Einsatz bestimmter Beteiligungsverfahren erreicht werden sollen. Dazu gehören mit unterschiedlichen Graden von Mitwirkung und der Anwendung unterschiedlicher Verfahren die Folgenden (vgl. Tab. 1):

Tab. 1: Ziele von Bürgerbeteiligung und dafür geeignete Verfahren nach dem Grad der Mitwirkung

Grad der Mitwirkung	Ziele der Bürgerbeteiligung	Mögliche Verfahren zur Zielerreichung (vgl. auch Abschnitt 6: Instrumentenkoffer)
Gering	Information der Bürger	Flyer Amtsblatt Lokale Medien Verfolgen von Gemeinderatssitzungen
Mittel	Anhörung der Bürger und gemeinsamer Austausch von Grundlageninformationen, konkretem Wissen, Absichten, Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen	Bürgerversammlung Ausschussbeteiligung von Bürgern Jugendgemeinderäte Bürgerbefragung / -panel Runde Tische / Foren Zukunftswerkstätten Planungszellen / Bürgerräte
Mittel bis Hoch	Beteiligung an der Mitgestaltung und Entscheidungsvorbereitung	Planungszellen Zukunftswerkstätten Runde Tische
Mittel bis Hoch	Konfliktbearbeitung / -lösung	Mediation Schlichtung Runde Tische
Hoch	Wahl von Repräsentanten oder unmittelbare Entscheidung über Sachfragen	Wahlen Bürgerentscheide Volksentscheide
Hoch	Von Verwaltung und Politik unabhängige Aktivitäten der Bürger zur Lösung konkreter Probleme und Fragen vor Ort	Bürgerschaftliches Engagement Selbsthilfegruppen

Quelle: vgl. ähnlich Städtetag Baden-Württemberg 2012: Hinweise und Empfehlungen für Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, S. 62-65.

5. Kritische Erfolgsfaktoren einer stärker auf Kooperation zielenden Bürgerbeteiligung

Politische Beteiligung ist für eine Demokratie unverzichtbar. Dennoch führt mehr Bürgerbeteiligung nicht per se zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Unabhängig von rechtlichen Vorschriften spielen kooperative Beteiligungsformen – v.a. in der lokalen Politik – momentan eine wichtige Rolle. Deshalb werden im Folgenden kurz einige wesentliche Punkte genannt, die in diesem Zusammenhang bedacht werden sollten.

Bürgerbeteiligung braucht Unterstützung von vielen Seiten

Mehr Bürgerbeteiligung bedeutet, dass Entscheidungskompetenzen verschoben werden. Dabei kommt es zwangsläufig zu Widerständen von Seiten der Politik, der Verwaltung, möglicherweise auch von Seiten der Bürger oder von Investoren. Um diese Widerstände zu überwinden, müssen die Bürger, die Verwaltung, die Politik und gegebenenfalls Investoren vom Nutzen der Bürgerbeteiligung überzeugt sein.

Die Verwaltung: Sie kann durch Bürgerbeteiligung Planungssicherheit und Bürgerzufriedenheit gewinnen. Allerdings bedeutet dies auch mehr Einsatz für sie. Deshalb müssen vor allem die Bürgermeister/innen Bürgerbeteiligung unterstützen. Sie müssen die Wichtigkeit des Themas innerhalb der Verwaltung glaubwürdig vertreten und für die Unterstützung ihrer Mitarbeiter/innen sorgen.

Die Politik: Sie muss Bürgerbeteiligung als Informationsgewinn verstehen im Hinblick auf die Entscheidungen, die sie zu treffen hat. Mehr Bürgerbeteiligung kann die Legitimation und die Akzeptanz ihres Handelns stärken und dadurch die Verbindung zwischen Bürgern und Politik festigen. Mehr Bürgerbeteiligung heißt nicht zwangsläufig, dass Entscheidungskompetenzen von den Räten weg verlagert werden. Vielmehr werden Entscheidungen durch mehr Bürgerbeteiligung in ihrem Bezug zur Bürgerschaft deutlicher.

Die Bürger: Durch mehr Bürgerbeteiligung erkennen die Bürger, dass sie ernst genommen werden und ihre Interessen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einfließen. Allerdings müssen sie sich auch aus der Beobachterrolle herausbegeben und sich aktiver an den Fragen der politischen Gemeinschaft beteiligen. Dies bedeutet gegebenenfalls auch akzeptieren zu müssen, dass die eigene Meinung sich nicht durchsetzt.

Die Investoren: Sie profitieren durch mehr Bürgerbeteiligung potenziell durch eine größere Akzeptanz und Unterstützung ihrer Projekte, was letztlich zu einer effizienteren Realisierung der Projekte beiträgt. Mitunter können Planungen durch die Anregungen aus der Bürgerschaft verbessert werden. Erwartet wird im Gegenzug aber eine frühzeitige Information über neue Planungen und eine entsprechende Offenheit gegenüber den Interessen der Gemeinschaft.

Bürgerbeteiligung braucht Professionalität

Bürgerbeteiligung ist momentan mit vielen Erwartungen verbunden. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass unüberlegt oder inkompetent durchgeführte Beteiligungsprozesse negative Erfahrungen auf vielen Seiten nach sich ziehen, die sich auf weitere Projekte auswirken oder aber das Thema „Bürgerbeteiligung“ insgesamt diskreditieren können. Deshalb sollte im Zusammenhang mit der Frage nach mehr Bürgerbeteiligung Besonnenheit vor operativer Hektik walten und professioneller Beratung eine wichtige Rolle zugeschrieben werden.

Bürgerbeteiligung führt nicht immer zu Konsens

Moderne Demokratien beruhen auf dem Grundgedanken, dass es in einer Gesellschaft eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen gibt. Interessenkonflikte sind deshalb durchaus normal. Aus diesem Grund ist die Erwartung unangemessen, substanzielle Konflikte könnten durch Bürgerbeteiligung „wegdiskutiert“ oder „wegentschieden“ werden. Entsprechend kann Bürgerbeteiligung nie zur Akzeptanz einer inhaltlichen Position bei allen Beteiligten führen. Noch immer ist das Mehrheitsprinzip am Ende eines ausführlichen und transparenten Diskussionsprozesses der Weg, über den Konflikte letztlich gelöst werden müssen, wenn sie nicht aus dem Weg geräumt werden können. Bürgerbeteiligung ist also kein Konsensbeschaffer. Sie kann aber die Breite der jeweiligen Mehrheiten vergrößern. Dennoch muss klar sein, dass es gegebenenfalls auch Entscheidungen gegen die eigene Position gibt, die dann zwar nicht inhaltlich übernommen, aber als Entscheidung akzeptiert werden müssen.

Vorsicht vor mehr Ungleichheit

In der Regel hängt die Beteiligung von Bürgern besonders von deren Ressourcen- und Artikulationsstärke ab. Die entsprechenden Gruppen sind durchsetzungsfähiger in der Vermeidung von Nachteilen bzw. im Erreichen eigener Vorteile. Dieses Phänomen ist schon lange bekannt und darf im Rahmen der Diskussion um mehr Bürgerbeteiligung nicht aus dem Auge verloren werden.

Was ist, wenn die Bürger sich nicht beteiligen?

Häufig wird durch Umfragedaten ein verstärktes Beteiligungsbedürfnis der Bürger belegt (vgl. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_107591.htm). Andere Befunde zeigen aber, dass die Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen, gering ist, sobald Beteiligung mit mehr Kosten verbunden ist (z.B. Informationsaufwand, Freizeiteinbußen, u.a.). Dann geben deutlich weniger Befragte an, sich beteiligen zu wollen. Realistische Erwartungen sollten angesichts der geringen Wichtigkeit von Politik in der Bevölkerung nicht von einer großen Zahl aktiver Bürgerinnen und Bürger ausgehen, die sich zukünftig in die Politik einmischen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Verwaltungen aktiv die Beteiligung der Bürger/innen anregen müssen, vor allem bei gesellschaftlichen Gruppen, die sich in der Regel kaum mit politischen Fragen beschäftigen.

Parallele Wertschätzung der repräsentativen Demokratie

Trotz aller Diskussion über „mehr“ Bürgerbeteiligung bleibt die repräsentative Demokratie weiterhin das dominierende Entscheidungsmodell unserer Gesellschaft. Dies ist schon aus Gründen der Arbeitsteilung und Spezialisierung in unserer hochentwickelten Gesellschaft notwendig und wünschenswert. Aus diesem Grund muss mit der Diskussion über mehr Bürgerbeteiligung reflektiert werden, wie die repräsentative Demokratie und mit ihr die politischen Parteien und deren Vertreter wieder positiver in das Sichtfeld der Bürgerinnen und Bürgern gerückt werden können.

6. Instrumente für erfolgreiche Bürgerbeteiligung (Instrumentenkoffer)

Im Folgenden finden Sie verschiedene Internetseiten, auf denen Verfahren kooperierender Bürgerbeteiligung vorgestellt werden.

Vorab verweisen wir jedoch auf einige Grundregeln für Bürgerbeteiligung, die in der Regel ebenso wichtig für den Erfolg eines Beteiligungsverfahrens sind, wie die konkrete Verfahrenswahl selbst. Dabei geht es um folgende Aspekte:

- a. Frühzeitiger Einbezug der Bürgerinnen und Bürger: Die Beteiligungsschere ist ein bekanntes Phänomen. In frühen Planungsphasen eines Projektes, in denen die Einflussmöglichkeit auf die Projektgestaltung groß ist, ist das Interesse der Bevölkerung in der Regel gering. Meist entsteht Protest erst dann, wenn es an die konkrete Umsetzung der Projektplanung geht. Dann aber sind die Gestaltungsmöglichkeiten in der Regel nur noch gering. Bürgerbeteiligung ist dann nur noch eingeschränkt sinnvoll. Deshalb ist eine frühzeitige Information der Bürgerschaft über öffentliche Projekte ein wesentlicher Baustein einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligungskultur. Nur dann ist auch die Frage eines „ob“ diskutierbar, unabhängig davon, ob diese Diskussion gewollt ist oder nicht. Und nur dann ist genug Zeit, damit sich in der Öffentlichkeit Interessen entwickeln und artikulieren, die dann in den Prozess aufgenommen werden können.
- b. Faire Auswahl der Beteiligten: Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Beteiligungsverfahren sollten nach fairen Gesichtspunkten ausgewählt worden sein und innerhalb des Diskurses die gleichen Rechte und Pflichten beanspruchen können.
- c. Entwicklung von Kompetenzen: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen die notwendigen Argumente zur Beurteilung von Folgen und Nebenfolgen von Entscheidungsoptionen erkennen können.
- d. Klärung des Entscheidungsspielraums: Ebenso muss zu Beginn eines jeden Beteiligungsprozesses geklärt werden, welches Mandat die Beteiligung hat und wie die Anschlussfähigkeit an den politischen Entscheidungsprozess erfolgt.
- e. Effizienz: Der Ertrag des Beteiligungsprozesses sollte in einem angemessenen Verhältnis zum jeweiligen Aufwand stehen.

- f. Einigung auf Spielregeln: Um Konflikte minimal zu halten, müssen sich die Teilnehmenden vorab auf Spielregeln des Verfahrens und des Umgangs miteinander einigen.

Details zu einzelnen Verfahren finden Sie über folgende Links zu verschiedenen „Instrumentenkoffern“ für Bürgerbeteiligung. Hier sind nicht nur die Verfahren selbst, sondern auch Anwendungsmöglichkeiten beschrieben. Häufig werden auch Praxisbeispiele vorgestellt, um das Verständnis für die einzelnen Methoden zu erleichtern.

Wichtig ist bei der Entscheidung für ein bestimmtes Instrument oder die Kombination von verschiedenen Instrumenten, dass sie immer im Hinblick auf das zu erreichende Ziel ausgewählt werden. Dabei ist es in der Regel sinnvoll, Rücksprache mit professionellen Moderator/innen oder anderen Bürgerbeteiligungsexperten zu halten.

http://www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baumstruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Material_fuer_Sonderseiten/WS_Dialogformate/Instrumentenkoffer_Buergerbeteiligung_01.pdf

Sehr guter Link zu Modellen und Methoden der Bürgerbeteiligung von A bis Z mit Praxisbeispielen, Projekt der Stiftung Mitarbeit.

<http://www.beteiligungskompass.org>

Ebenfalls sehr guter und umfangreicher Instrumentenkoffer: Modelle, Methoden und Instrumente zur Bürgerbeteiligung, Internetseite wird von der Bertelsmann Stiftung und Stiftung Mitarbeit zur Verfügung gestellt.

<http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/modelle-und-methoden-von-a-bis-z/106120/>

Übersichtliche und informative Seite der Stiftung Mitarbeit.

<http://www.buergerbeteiligung.lpb-bw.de/beispiele.pdf>

Werkzeugkasten der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg mit Verlinkungen zu Beispielen.

https://www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx

Werkzeugkasten der Führungsakademie Baden-Württemberg.

http://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDF/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung.pdf

Umfassende Broschüre zu dialogorientierten Beteiligungsformen des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen.

<http://www.partizipation.at/methoden.html>

Informationswebsite des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Österreich

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/handbuch.shtml

Handbuch der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt speziell für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung mit vielen Beispielsfällen für Partizipationsprozesse.

http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftsfragen/weitereinformationen/buergerschaftlichesengage/buergerbeteiligung/buergerbeteiligung.htm

Umfassende Internethomepage des Vorarlberger Büros für Zukunftsfragen mit weiterführendem Link zum Handbuch Bürgerbeteiligung des Zukunftsbüros.

<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>

Handbuch Bürgerbeteiligung von Patrizia Nanz und Miriam Fritsche Miriam (2012), erschienen bei der Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe) mit der Beschreibung zahlreicher Verfahren zur Bürgerbeteiligung.

7. Literatur und weitere Links zum Thema „Bürgerbeteiligung“

- Ackermann, Paul 2004: Bürgerhandbuch. Basisinformationen und 66 Tipps zum Tun. 3. Aufl. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.
- Beck, Kurt/ Ziekow Jan (Hrsg.) 2011: Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bode, Ingo/ Evers, Adalbert/ Klein, Ansgar 2009: Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; November 2012: Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor (<http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/81212/publicationFile/65799/handbuch-buergerbeteiligung.pdf>)
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag, (Hrsg.) 2002: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen: Leske und Budrich.
- Gabriel, Oscar W./ Westle, Bettina 2012: Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos.
- Hart, Thomas/ Pflüger, Frank 2004: Neue Medien und Bürgerorientierung. Aachen: Bertelsmann Stiftung, 22.07.2004.
- Heussner, Hermann K./ Jung, Otmar (Hrsg.) 2011: Mehr direkte Demokratie wagen. Volksentscheid und Bürgerentscheid: Geschichte - Praxis - Vorschläge. 3. Aufl. München: Olzog.
- Hill, Hermann (Hrsg.) 2010: Bürgerbeteiligung. Analysen und Praxisbeispiele. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Hoecker, Beate 2006: Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich.
- Holtkamp, Lars 2003: Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. Ein Praxisleitfaden für die Bürgerkommune. Berlin.
- Kersting, Norbert (Hrsg.) 2008: Politische Beteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klages, Helmut/ Keppler, Ralph/ Masser, Kai 2009: Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie. Bonn: Stiftung Mitarb. Online verfügbar unter <http://d-nb.info/999230263/04>.
- Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.) 1997: Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen. Bonn.
- Koch, Achim/Wasmer, Marina/Schmidt, Peter (Hrsg.) 2001: Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen.

- Ley, Astrid/ Weitz, Ludwig (Hrsg.) 2009: Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Stiftung Mitarbeit. 3. Aufl. Bonn: Stiftung Mitarbeit Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, 30.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (<http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligungb.de/shop/buecher/schriftenreihe/76038/handbuch-buergerbeteiligung>)
- Olk, Thomas (Hrsg.) 2011: Handbuch bürgerschaftliches Engagement. Weinheim: Beltz Juventa.
- Roß, Paul-Stefan 2012: Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden: Nomos.
- Rüskamp, Wulf (Hrsg.) 2001: Das Bürgerland-Handbuch. Stuttgart: Sozialministerium Baden-Württemberg.
- Städtetag Baden-Württemberg 2012: Hinweise und Empfehlungen für Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik (<http://www.staedtetag-bw.de/index.phtml?mNavID=1198.88&La=1>).
- Steinbrecher, Markus 2009: Politische Partizipation in Deutschland. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Van Deth, Jan W. 2005: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? Online verfügbar unter http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/Blickpunkt/6/vanDeth.pdf, zuletzt aktualisiert am 21.12.2005, zuletzt geprüft am 02.01.2013.
- Van Deth, Jan W. 2009: Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 141–161.
- Vetter, Angelika (Hrsg.) 2008: Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- <http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/modelle-und-methoden-von-a-bis-z/106120/>
- <http://www.stadtteilarbeit.de/home-bb.html> (Bürgerbeteiligungsportal mit viel Grundlageninformation)
- <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/81212/publicationFile/65799/handbuch-buergerbeteiligung.pdf> (Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung bei der Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; November 2012)
- http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/umwelt_zukunft/zukunft/buerofuerzukunftfragen/weitereinformationen/buergerschaftlichesengage/buergerbeteiligung/buergerbeteiligung.htm
- <http://www.partizipation.at/methoden.html>
- https://www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%3%BCrgerbeteiligung.aspx
- <http://www.kommunale-info.de/> bietet eine kommunalpolitische Infothek der Heinrich-Böll-Stiftung. Es ist in Planung, dass auch Bürger/innen Beiträge auf der Seite (wie eine Art Wiki) verfassen können. Siehe hierzu: <http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Hauptseite>
- <http://www.stadtteilarbeit.de/home-bb.html> ist ein Portal für Bürgerbeteiligung. Es bietet einen breiten Überblick über Bürgerbeteiligung und einige Methoden. Weiterhin verweist die Seite auf weitere Internetlinks für Bürgerbeteiligung.

http://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDF/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung.pdf ist ein Papier des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Es informiert in einem ersten Teil allgemein über die Formen der Bürgerbeteiligung und in einem zweiten Teil über Werkzeuge der Bürgerbeteiligung.

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-E2E617F7-47AE5795/bst/hs.xsl/99530.htm> Die Bertelsmannstiftung informiert über Bürgerbeteiligung und legt einen Fokus auf verschiedene Bürgerforen.

<http://www.buerger-beteiligung.org/> Ist eine Internetplattform der Bertelsmannstiftung und informiert über aktuelle Bürgerbeteiligungsverfahren in den Bundesländern. Sie ist eine Plattform für Bürger und Initiativen, sie soll Beispiele zeigen und Informationen zu Beteiligungsformen geben.

<http://www.meine-demokratie.de/> Meine-Demokratie.de ist eine interaktive Beteiligungszentrale. Hier können lokale Beteiligungsprojekte eingetragen und verfolgt werden.

<http://www.mehr-demokratie.de/> ist die Internetseite der größten Nichtregierungsorganisation für direkte Demokratie. Sie informiert über vergangene und aktuelle Bürger-/Volksbegehren und Entscheide, direktdemokratische Reformen und Stärkung der Bürgerbeteiligung

<http://www.deliberative-democracy.net/>

<http://www.participedia.net/>